



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche und
private Fürsorge e.V.,**

in diesem Quartal standen die Sitzungen der Vereinsorgane ganz im Mittelpunkt des Deutschen Vereins. So traten im September Präsidialausschuss und Präsidium zusammen; zudem fanden die jährliche Hauptausschusssitzung sowie die alle zwei Jahre einberufene Mitgliederversammlung in den Räumen der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund statt.



Durch das Präsidium des Deutschen Vereins wurde ein Finanzbeirat gewählt, der sich künftig mit finanziellen Fragen des Deutschen Vereins intensiver beschäftigen wird. Er setzt sich aus je zwei Mitgliedern des Präsidiums und des Hauptausschusses zusammen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde etwa die Hälfte der Mitglieder des Hauptausschusses zum ersten Mal oder erneut gewählt. Der inhaltliche Schwerpunkt der Mitgliederversammlung lag auf den Folgen der Gesundheitsreform und auf der anstehenden Reform der Pflegeversicherung.

Für die Arbeit in den nächsten Wochen steht sicherlich neben der Reform der Pflegeversicherung die Frage nach der Höhe der Regelsätze im SGB II und SGB XII und die damit einhergehende Diskussion um Kinderarmut auf dem Programm. Der Deutsche Verein wird seine fachliche Perspektive hierzu sowohl in die Beratungen der Bundesländer als auch in die Beratungen beim Bund einbringen und versuchen, sachgerechte, systemgerechte und vor allem nachhaltige Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die neu erschienene Auflage des Fachlexikons der sozialen Arbeit zu einem Verkaufsschlager für den Deutschen Verein entwickelt. Sie sollten nicht zögern, sich auch ein Exemplar unseres Standardwerks zu sichern.

Wir freuen uns, dass die Inbetriebnahme unserer zentralen Adress- und Veranstaltungsdatenbank zum 1. Januar 2008 aller Voraussicht nach vollzogen werden kann. Obwohl wir uns durch die Testläufe natürlich bemühen werden, einen reibungslosen Übergang zu organisieren, kann man bei der Technik nie sicher sein, ob alles klappt. Daher bitten wir bereits vorsorglich um Verständnis, wenn die eine oder andere Datenpanne auftreten sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Löher
Vorstand des Deutschen Vereins

Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Verena Göppert

1990 bis 1993

Stadtrechtsrätin bei der Stadt Singen (Hohentwiel), Leiterin des Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsamtes

1993 bis 1997

Referentin beim Deutschen Städtetag im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit

1999 bis 2000

Referentin beim Deutschen Städtetag im Dezernat Recht und Verfassung

2000 bis 2006

Büroleiterin des Hauptgeschäftsführers beim Deutschen Städtetag

seit 2006

Beigeordnete für Arbeit, Jugend und Soziales beim Deutschen Städtetag

seit 2006

Mitglied im Präsidialausschuss und Präsidium des Deutschen Vereins

seit 2006

Mitglied im Besonderen Vorstandsausschuss für den ISD

seit 2007

Mitglied im Fachausschuss „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“

seit 2007

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

Neuerscheinungen

Im Eigenverlag des Deutschen Vereins sind folgende Publikationen neu erschienen:

Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 3/2007:

„Parallelgesellschaften und interkulturelle Öffnung: Aktuelle Debatten um Migration und Integration“, 118 Seiten, 10,70 €.

Aktuelle Diskurse werden kritisch analysiert und neue Ansätze in Politik und sozialer Arbeit, wie Nationaler Integrationsplan, kommunale Integrationskonzepte, interkulturelle Öffnung sozialer Dienste, vorgestellt.

Sitzung des Präsidiums des Deutschen Vereins

Am 26. September 2007 hat das Präsidium des Deutschen Vereins folgende Papiere verabschiedet, die im NDV 11/2007 und 12/2007 veröffentlicht werden und auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen abgerufen werden können:

Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften

Der Deutsche Verein regt in seiner Stellungnahme die Überprüfung des Wohngeldgesetzes und der entsprechenden Regelungen im SGB II an. In der Stellungnahme begrüßt der Deutsche Verein die Abschaffung der Unterteilung in Baualtersklassen, weist auf Unstimmigkeiten des Regierungsentwurfes hin (z.B. Haushaltsbegriff und gesamtschuldnerische Haftung) und fordert eine Anhebung der Höchstbeträge.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Konsultationspapier des Beratergremiums für Europäische Politik: „Soziale Wirklichkeit in Europa“

Der Deutsche Verein hat sich an einer EU-Initiative zur Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit in Europa beteiligt und Daten und Fakten zur sozialen Lage von Problemgruppen in Deutschland vorgelegt. In seiner Stellungnahme fordert der Deutsche Verein nachhaltige Strategien gegen Armut und Ausgrenzung auf nationaler und europäischer Ebene. Nur solche Entwicklungen in der Europäischen Union seien gelungen und zukunftsweisend, die die Polarisierung von Arm und Reich zu stoppen vermögen.

Erstes Positionspapier des Deutschen Vereins zur Neuausrichtung der Bedarfsgemeinschaft im SGB II

Mit dem Positionspapier will der Deutsche Verein die Diskussion über eine mögliche Änderung der Vorschrift über die anteilige Hilfebedürftigkeit (§ 9 Abs. 2 Satz 3 SGB II) anregen. Das Papier problematisiert die rechtlichen und tatsächlichen Folgen der Vorschrift und zeigt gleichzeitig mögliche Lösungen auf.

Weiterentwickelte Empfehlungen des Deutschen Vereins für die Bemessung der monatlichen Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege (§§ 33, 39 SGB VIII)

Mit dem Papier hat der Deutsche Verein seine Empfehlungen für die Bemessung der monatlichen Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege aus dem Jahr 1990 überarbeitet und weiterentwickelt. Unter anderem wurden das methodische Verfahren für die Berechnung der Pauschalbeträge geändert und die Altersgruppen neu gestaltet. Darüber hinaus behandeln die Empfehlungen auch die Neuregelungen zur Unfallversicherung und Alterssicherung.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zur „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit.“ [KOM (2007) 339 endg]

Die Stellungnahme befasst sich mit den Vorschlägen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Einführung von Flexicurity-Strategien und -Maßnahmen, die es den Mitgliedsstaaten im Rahmen einer erneuerten Lissabon-Strategie ermöglichen sollen, die Herausforderungen von Modernisierung und Anpassung an die Globalisierung und den Wandel besser zu bewältigen.

Der Deutsche Verein kritisiert die Asymmetrie zwischen abstrakt gehaltenen Äußerungen zur sozialen Sicherung und konkreten Forderungen im Bereich der Deregulierung, wie z.B. beim Kündigungsschutz. Darüber hinaus stellt er in Frage, ob die Bereiche Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung originäre Gestaltungsaufgaben der europäischen Ebene darstellen.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zur Mitteilung der EU-Kommission „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ [KOM (2007) 244 endg.]

In seiner Stellungnahme begrüßt der Deutsche Verein die Weiterentwicklung von Maßnahmen für ein kinderfreundliches Europa und der Europäischen Allianz für Familien. Er fordert, die Zivilgesellschaft in alle Maßnahmen mit einzubeziehen.

hen, und unterstützt den Ansatz der EU-Kommission, Familienpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen und alle Maßnahmen auf konkrete Auswirkungen auf Familien zu überprüfen.

*Positionspapier des Deutschen Vereins:
Die Gesellschaft des langen Lebens annehmen und vor Ort gestalten*

Mit seinem Positionspapier will der Deutsche Verein Signale setzen, um vor allem gegenüber den Akteuren in der Bundesrepublik auf die Notwendigkeit eines sich verändernden gesellschaftlichen Bewusstseins

im Umgang mit einer Gesellschaft des langen Lebens hinzuweisen. Eine aktive Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft setzt eine Verständigung auf realistische und differenzierte Bilder vom Alter voraus.

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft stellt jeden Einzelnen, die Politik und die Sozialverwaltungen vor anspruchsvolle Aufgaben. Aus Sicht des Deutschen Vereins kann eine lebenswerte Gesellschaft des langen Lebens nur geschaffen werden, wenn alle Aktivitäten und Maßnahmen darauf ausgerichtet sind, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.

Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins

Zur Mitgliederversammlung, die am 27. September 2007 in den Räumen der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin statt fand, begrüßte Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins, über 200 Mitglieder und Ehren Gäste des Deutschen Vereins.

Auf der Tagesordnung des internen Teils der Mitgliederversammlung standen die Ergänzungswahlen zum Hauptausschuss aus den Reihen der Mitglieder. Es wurden 124 Persönlichkeiten zum ersten Mal oder erneut in den Hauptausschuss gewählt. Die aktuelle Liste der Hauptausschussmitglieder finden Sie in Heft 12/2007 des NDV und unter www.deutscher-verein.de.

Im öffentlichen Teil der Sitzung verlieh Wilhelm Schmidt als Anerkennung hervorragender Verdienste um den Deutschen Verein den ehemaligen Vorsitzenden Dr. Konrad Deufel, Oberstadtdirektor a. D. und Geschäftsführer der profund.GmbH, und Dr. Manfred Scholle, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, die Ehrenmitgliedschaft des Deutschen Vereins. Er bedankte sich für die ehrenamtliche Mitarbeit der Ausgezeichneten in den Gremien des Deutschen Vereins und verwies auf Höhepunkte in der Zusammenarbeit.

Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege gemeinsam Bedingungen einer modernen Gesundheits- und Pflegepolitik im 21. Jahrhundert. In ihrem Impulsreferat wies Marion Caspers-



V.l.n.r.: Michael Löher, Vorstand, Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins, Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Merk, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, darauf hin, dass mit der Reform der Pflegeversicherung wichtige strukturelle, zukunftsweisende Änderungen vorgeschlagen werden, die helfen sollen, insbesondere dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ stärker als bisher Rechnung zu tragen. Sie betonte, dass zur Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege in der Zukunft eine bedürfnisorientierte und wohnortnahe Versorgungsstruktur mit dem Schwerpunkt der häuslichen Versorgung geschaffen werden muss, ohne jedoch die stationäre Pflege zu vernachlässigen.

Die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Vereins bewerteten die Reform der Pflegeversicherung als einen großen Schritt in die richtige Richtung. Sie begrüßten grundsätzlich die Einführung von Pflegestützpunkten und Pflegebegleitern; einige offene Fragen seien aber noch zu klären.

Insbesondere müsse die konkrete Ausgestaltung die Strukturverantwortung der

Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Dr. Agnes Klein

seit 1987

u. a. Richterin beim Landesgericht Bielefeld sowie mehrjährige Tätigkeit zunächst als Referatsleiterin, dann als stellvertretende Dezernentin

1999 bis 2000

Rechts- und Ordnungsdezernentin der Stadt Münster

2000 bis 2006

Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Jugend, Soziales, Gesundheit und Wohnen der Stadt Münster

seit 2006

Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Bildung, Jugend und Sport der Stadt Köln

seit 2006

Mitglied im Präsidium des Deutschen Vereins

seit 2007

stellv. Vorsitzende im Fachausschuss „Migration und Integration“

seit 2007

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

Neuerscheinungen

PPP: Öffentlich-private Partnerschaften. Erfolgsmodelle auch für den sozialen Sektor?

88 Seiten, 11,80 € (9,80 € für Mitglieder des Deutschen Vereins)

Der Tagungsband gibt praxisnahe Entscheidungshilfen für PPP-Betreibermodelle im sozialen Bereich.

Weitere Informationen über die Publikationen des Deutschen Vereins erhalten Sie unter www.deutscher-verein.de/06-publikationen. Bestellungen: 030-62980316; E-Mail: hally@deutscher-verein.de. Online-Bestellungen sind möglich.



Veranstaltungen

Übersicht der Fachveranstaltungen und Akademietagungen des Deutschen Vereins im 1. Quartal 2008

28. bis 30. Januar 2008 Ort: Berlin

F 118/08

Gestalten bei knappen Ressourcen – Fachtagung für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten

11. bis 13. Februar 2008 Ort: Berlin

AT 134/08

Controlling in der Sozial- und Jugendhilfe

18. bis 20. Februar 2008 Ort: Berlin

F 324/08

Aktuelle Fragen des Sozialhilfrechts

25. bis 27. Februar 2008 Ort: Erfurt

F 421/08

Der „freie Wille“ im Betreuungsrecht

28. bis 29. Februar 2008 Ort: Erfurt

F 613/08

Aktuelle Fragen zum europäischen Beihilferecht

3. bis 5. März 2008

Ort: Horn/Bad Meinberg

F 128/08

Engagement in Kommunen fördern – Konzepte und Modelle für die Qualifizierung von freiwillig Engagierten

3. bis 5. März 2008 Ort: Steinbach/Ts.

F 417/08

Altenhilfe und Seniorenpolitik in Europa – was können wir von unseren Nachbarn lernen?

Impressum:

Redaktion:

Dr. Sabine Schmitt, Berlin

Tel.: (030) 6 29 80-3 19,

E-Mail: s.schmitt@deutscher-verein.de

Deutscher Verein

für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Geschäftsstelle:

10179 Berlin-Mitte,

Michaelskirchstr. 17/18,

Tel. Sammel-Nr. (030) 6 29 80-0;

Fax: (030) 6 29 80-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankverbindung: Deutsche Bank 7233943

(BLZ 100 700 00).

Gesamtherstellung:

Werbedruck GmbH Horst Schreckhase,

Spangenberg

www.schreckhase.de

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

(Fortsetzung von Seite 3)

Kommunen berücksichtigen, die bestehenden Angebote vor Ort nutzen und die Verantwortlichkeiten präzisieren.

Vorstand des Deutschen Vereins trifft hessischen Europaminister

Am 20. September 2007 trafen sich der Vorstand des Deutschen Vereins, Michael Löher, und der hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Volker Hoff, zu einem Gespräch in der hessischen Landesvertretung in Berlin. Minister Hoff schilderte die Erfahrungen, die er in der Zusammenarbeit mit Akteuren in anderen EU-Mitgliedstaaten gesammelt hat, und zeigte sich sehr interessiert an der europaweiten und internationalen Vernetzung des Deutschen Vereins. Herr Löher betonte, dass der DV zurzeit seine Netzwerkarbeit in Brüssel weiter intensiviere und ständig neue Ansprechpartner vor Ort suche. Beide Gesprächspartner waren sich darin einig, zukünftig bei Veranstaltungen in Brüssel zusammen zu arbeiten. Der Minister sicherte hierzu die volle Unterstützung seiner Brüsseler Landesvertretung zu.

ICSW-Nationalkomitees beim Deutschen Verein

Am 5. September 2007 besuchten hochrangige Vertreter der japanischen, niederländischen und französischen Nationalkomitees des International Council on Social Welfare (ICSW) den Deutschen Verein. Unter ihnen waren der Präsident des japanischen Nationalkomitees, Herr Chikashi Matsuju und sein Stellvertreter im Vorstand, Herr Dr. Toshio Tatara. Ferner waren der Präsident der europäischen Sektion des ICSW, Herr Prof. Hans van Ewijk (Niederlande) und der Schatzmeister des ICSW-Weltverbands, Herr Christian Rollet (Frankreich) nach Berlin gekommen.

Nach einer Begrüßung durch Michael Löher, den Vorstand, und Georg Gorrissen, den Vizepräsidenten des Deutschen Vereins besuchten die Gäste die Sitzung des Fachausschusses „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“, der gleichzeitig als deutsches ICSW-Nationalkomitee fungiert. Die Mitglieder des Fachausschusses und die Gäste waren sich einig, dass sowohl der ICSW-Weltverband wie auch die europäische Region zukünftig stärker sozialpolitisch aufgestellt werden müssen.

Veranstaltungen

(Fortsetzung)

5. bis 7. März 2008

Ort: Erkner/bei Berlin

F 226/08

Kindertagespflege – qualitative, strukturelle, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen

5. bis 7. März 2008

Ort: Berlin

F 313/08

Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten zwischen SGB II und SGB XII

6. bis 7. März 2008

Ort: Horn/Bad Meinberg

F 703/08

Kindesentführung, Unterbringung und Umgang – Aspekte der Jugendhilfe im internationalen Kontext

10. bis 12. März 2008

Ort: Gültstein/b. Stuttgart

F 327/08

Rechtsprobleme bei der Übernahme von Bestattungskosten nach dem SGB XII

Das Veranstaltungsprogramm 2008 erscheint in diesem Jahr verspätet erst Ende November 2007. Onlineanmeldungen werden ab Anfang Dezember 2007 möglich sein.

Personalien

In den Monaten August bis Oktober 2007 hat es beim Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

Neu im Deutschen Verein sind:

Jasmin Krüger: Auszubildende

Sonja Kubisch: Wissenschaftliche Referentin im „Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement“

Dr. Barbara Wiskow: Verwaltungsleiterin

Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden sind:

Birger Hartnuß, Thomas Schmid, Katharina Schmidt, Susanne Toll, Klaus-Jürgen Titz ist für zwei Jahre beurlaubt.